

Nr.: 116/2018

■ Dezernat	I - Finanzen, Zentrales Management & Bildung	03.05.2018
■ Fachbereich	Finanzen	
■ Verfasser/-in	Grabisna, Claus	
■ Telefon	07621 410-1100	

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	11.07.2018

Tagesordnungspunkt

**1. Haushaltszwischenbericht 2018
THH 1 Finanzen & Zentrales Management und THH 3 Bildung & Kultur**

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	1	Finanzen & Zentrales Management
Produktgruppe	11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement
Produkt(e)	11.12.03	Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

THH 1 Finanzen & Zentrales Management

Entsprechend der Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag und der Landrätin des Landkreises Lörrach für das Haushaltsjahr 2018 ist im Verwaltungsausschuss über den aktuellen Stand der Finanzlage und die finanzielle Entwicklung sowie über den aktuellen Stand der Zielerreichung des Teilhaushalts 1 – Finanzen & Zentrales Management – zum Stichtag 31.05.2018 zu berichten.

Ergebnishaushalt	IST	PLAN	Prognose IST	Abweichung PLAN/ Prognose 2018
	2017 - in EUR -	2018 - in EUR -	2018 - in EUR -	2018 - in EUR -
Erträge	155.511.258	165.587.693	168.710.193	3.122.500
Aufwendungen	-34.104.491	-38.575.598	-38.625.598	-50.000
Ordentliches Ergebnis (Überschuss/Zuschussbedarf)	121.406.767	127.012.095	130.084.595	3.072.500

A. Leistungsseite

Im Rahmen des strategischen Schwerpunkts „Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber“ (PG 11.20) werden fortlaufend Geschäftsprozesse optimiert. Ziel 2018 ist hierzu die Organisationsuntersuchung zur Aufbauorganisation im Dezernat V sowie eine weitere OU (FB Planung & Bau – derzeit in Planungsphase). Die aktuell abgeschlossene OU im SG Behindertenhilfe ist in eine direkt anschließende Realisierungsplanung zu überführen, um die Handlungsempfehlungen zügig umzusetzen. Des Weiteren werden die Realisierungspläne der OU's aus 2017 (und zuvor) sukzessive bearbeitet und in Abstimmung mit den jeweiligen Bereichen (u.a. Vermessung & Geoinformation, Naturschutz & Landschaftspflege) umgesetzt.

Im besonderen Fokus zum genannten Wirkungsziel steht das „Großprojekt“ zur Implementierung eines flächendeckenden Dokumentenmanagementsystems (DMS) (A 1 in PG 11.20). Hierzu sind die vertraglichen Voraussetzungen geschaffen worden, erste Einführungsprojekte beginnen im 2. Quartal und vielfältige Vorbereitungsarbeiten haben begonnen (u. a. Aktenscreening, Einrichtung Scan-Zentrum, etc.). E-Government-Maßnahmen werden hierzu parallel begleitet und umgesetzt.

Im Jahr 2017 lag der Schwerpunkt des Themas „Arbeitswelt Landratsamt“ auf dem Bereich Resilienz und Teamentwicklung. Diese Themen werden auch in 2018 fortgeführt, z.B. im Rahmen der Kollegialen Beratung, des Pilotprojektes "Teamentwickler" (Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte) oder durch Seminarangebote zu Resilienz und Bürgerkommunikation für Mitarbeitende. Die Maßnahmen wurden in 2018 unter dem Aspekt digitale Arbeitswelt neu betrachtet.

Schwerpunktthemen des zweiten Berichtsjahres des Audit berufundfamilie sind: Kollegiale Beratung, die finale Überarbeitung der DV Telearbeit, Fortbildungsangebote zur Persönlichkeitsentwicklung sowie der Ausbau von Angeboten der Teamentwicklung.

Für die Baumaßnahmen im Zuge der regionalen Schulentwicklung am Standort in Schopfheim werden erhebliche Maßnahmen fällig, die nicht unmittelbar etwas mit dem RSE Prozess zu tun haben. Unter anderem wird es erforderlich sein, im BSZ Schopfheim eine Transformatorenstation einzubauen.

Der vorhandene Leitungsanschluss reicht bei weitem nicht aus, um das BSZ mit den neuen Werkstattbereichen SHK, Metallbau und Schweißen zu versorgen. Für diese Baumaßnahme werden zusätzliche Investitionsauszahlungen in Höhe von 215.000 EUR anfallen.

Die geplanten Ansätze in Höhe von 2.153.000 EUR für die Maßnahmen des RSE-Prozesses in Schopfheim werden voraussichtlich um ca. 105.000 EUR überschritten.

B. Finanzseite

Schlüsselprodukt Facility Management 11.24.02:

Die geplanten Mittel im Bereich der Gebäudeunterhaltung sollten nach derzeitigem Stand ausreichen.

Die geplanten Mittel für Mieten und Pachten werden nicht ausreichen. Grund hierfür sind die zusätzliche Anmietung für die BVE (Berufsvorbereitende Einrichtung) und nicht geplante Verlängerung des Mietvertrages für das UMA Team im Markus-Pflüger-Heim in Schopfheim. Es wird mit **Mehraufwendungen in Höhe von ca. 50.000 EUR** gerechnet.

Nach derzeitigem Stand werden die geplanten Mittel für die Bewirtschaftung ausreichen.

FAG (PG 61.10):

Bei der **Kreisumlage** wird mit einem **Mehrertrag** in Höhe von rund **797.000 EUR** gerechnet. Grund hierfür sind die gestiegenen Steuerkraftsummen der Gemeinden. Die neuen Schlüsselzahlen für die Einkommensteueranteile der Gemeinden, welche für die Jahre 2018 – 2020 gelten, wurden erst Ende des Jahres 2017 festgelegt und lagen zum Zeitpunkt des Haushaltsbeschlusses 2018 noch nicht vor. Landesweit erhöhten sich die Steuerkraftsummen der Gemeinden dadurch „lediglich“ um 19,7 Mio. EUR. Für den Landkreis Lörrach bedeutet dies eine Erhöhung um knapp 2,5 Mio. EUR, während die Neufestsetzung für etliche Landkreise mit einer Reduzierung verbunden war.

Laut der Mai-Steuerschätzung 2018 können die Landkreise in Baden-Württemberg mit einer Zunahme der Schlüsselzuweisungen rechnen, da der Kopfbetrag je Einwohner mit der zweiten FAG-Zahlung von 691 EUR (Planansatz 2018) auf 696 EUR erhöht wird.

Somit sind bei den **Schlüsselzuweisungen** im Vergleich zum Plan (30.720.400 EUR) rund **654.500 EUR Mehreträge** zu erwarten.

Die Erhöhung der Beträge je Einwohner nach **§ 11 Abs. 1 FAG** führt zu einer Steigerung der **Einwohnerzuweisungen** um rund **512.000 EUR** (Plan: 2.506.300 EUR). Mit der Erhöhung soll eine Abgeltung des Verwaltungsmehraufwandes der unteren Verwaltungsbehörden für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erzielt werden. Dies wurde mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 am 15. Dezember 2017 beschlossen, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt von der Gemeinsamen Finanzkommission keine Empfehlung mangels Einigung ausgesprochen wurde. Nach Auffassung des Landes lösen Mehraufwendungen durch Leistungsverbesserungen aufgrund des BTHG in den Jahren 2018 und 2019 keine konnexitätsrelevante Ausgleichspflicht des Landes aus, da diese von den Landkreisen nach dem SGB XII und daher nach der bisherigen bundesgesetzlichen Zuständigkeitsregelung erbracht werden. Bei der Erhöhung handele es sich somit um eine Freiwilligkeitsleistung des Landes.

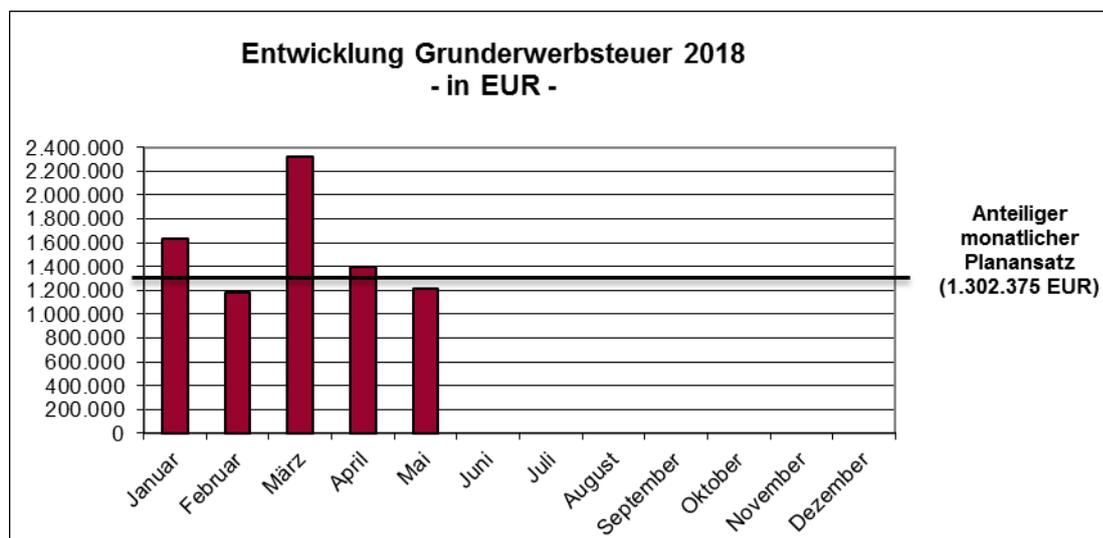
Für den **Soziallastenausgleich nach § 22 FAG** (Status-quo-Ausgleich) werden **Mindererträge** in Höhe von rund **-74.000 EUR** gegenüber dem Plan (2.920.900 EUR) erwartet.

Der Planansatz der **Grunderwerbsteuer** wurde von 15 Mio. EUR auf 15.628.500 EUR in 2018 erhöht.

Hintergrund ist, dass aufgrund der Notariatsreform zum 1. Januar 2018 viele Geschäfte ins Jahr 2018 verlagert wurden, sodass die Grunderwerbsteuer im vierten Quartal 2017 niedriger und im ersten Quartal 2018 höher ausfiel.

Die bereits bei der Planung 2018 veranschlagte höhere Grunderwerbsteuer hat sich auch so eingestellt. Nach den ersten fünf Monaten liegen die Erträge mit **1.233.000 EUR** deutlich über dem Planansatz. Unter der Annahme, dass nach dem Anstieg zum Jahresbeginn aufgrund der Verlagerung aus dem Vorjahr der weitere Verlauf des Jahres 2018 durchschnittlich weitergehen wird, gehen wir davon aus, dass die Grunderwerbsteuer insgesamt Mehrerträge in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR aufweisen wird.

Wie aus der nachfolgenden Grafik ersichtlich ist, sind die Erträge in den Monaten Januar, März und April über dem Planansatz. In den anderen Monaten wurden die monatlichen Planansätze bisher nicht erreicht.



Entwicklung der Investitionsauszahlungen:

Die für 2018 vorgesehene Investition zum Kauf eines Grundstücks für den zweiten Standort kommt aufgrund der Vertragsverhandlung erst 2019 zur Auszahlung, da der derzeitige Kaufvertragsentwurf die Bezahlung des Kaufpreises erst nach Baubeginn vorsieht.

Die für die Kfz-Werkstätten vorgesehene Investition kommt dieses Jahr nicht vollständig zur Auszahlung, Mittel hiervon werden zur Deckung der Investition für die neu erforderliche Trafostation und RSE-Maßnahmen an der GWS Schopfheim benötigt (320.000 EUR).

Die hierfür verwendeten Mittel müssen in den Folgejahren zum Neubau der Kfz-Werkstätten erneut eingeplant werden.

THH 3 Bildung & Kultur

Entsprechend der Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag und der Landrätin des Landkreises Lörrach für das Haushaltsjahr 2018 ist im Verwaltungsausschuss über den aktuellen Stand der Finanzlage und die finanzielle Entwicklung sowie über den aktuellen Stand der Zielerreichung des Teilhaushalts 3 – Bildung & Kultur – zum Stichtag 31.05.2018 zu berichten.

Ergebnishaushalt	IST	PLAN	Prognose IST	Abweichung PLAN/ Prognose 2018
	2017 - in EUR -	2018 - in EUR -	2018 - in EUR -	2018 - in EUR -
Erträge	7.463.705	7.482.569	7.473.989	-8.580
Aufwendungen	-5.828.337	-6.311.011	-6.311.011	0
Ordentliches Ergebnis (Überschuss/Zuschussbedarf)	1.635.368	1.171.558	1.162.978	-8.580

A. Leistungsseite

Strategische Ziele:

Umsetzung des Schulentwicklungsprozesses:

Die strategischen Leistungsziele im Hinblick auf die Umsetzung des Schulentwicklungskonzepts Beruflicher Schulen werden an allen drei Standorten weiter intensiv verfolgt:

Gewerbeschule Schopfheim:

Die Umbaumaßnahmen an der GWS Schopfheim sind in vollem Gange. Für die Ausstattung der Metallwerkstätten und das SHK-Labor konnten die EU-weiten Ausschreibungsverfahren abgeschlossen werden. Aus verschiedensten Gründen konnten drei der Lose nicht vergeben und mussten neu ausgeschrieben werden. Dies ist weitestgehend erfolgt, sodass nahezu alle für den Betrieb der Werkstätten erforderlichen Maschinen, Zubehörteile und Mobiliar in Auftrag gegeben werden konnten. Die ersten Lieferungen für das SHK-Labor werden noch vor den Sommerferien erfolgen. Mit der Einrichtung der Metallbauwerkstätten wird in den Sommerferien begonnen. Die im Rahmen der Umbaumaßnahmen beengte Situation für die Berufsfachschule Metall wird nach den Sommerferien aufgelöst und die neuen Werkstätten können bezogen werden. Zu beachten ist, dass die beauftragten Fräsmaschinen erst im Oktober 2018 geliefert werden können. Die Schule ist informiert und kann die Zeit bis dahin überbrücken.

Der Fachbereich Holz erhielt für einen der Werkräume 17 neue Hobelbänke. Für die Erneuerung der Hobelbänke der beiden anderen Bankräume ist das Ausschreibungsverfahren erfolgreich abgeschlossen worden. Die Lieferungen erfolgen in Abhängigkeit des Baufortschrittes in 2018 und 2019.

Auch der Fachbereich Farbe erhielt nach dem Umzug im Februar 2018 in die neu sanierten Räume in der ehemaligen MPS – Außenstelle Schopfheim neue Ausstattungsgegenstände, insbesondere Arbeitshubtische, Regale für Übungswände sowie Malerübungstafeln.

Gewerbeschule Rheinfelden:

Die Sanierung und die Neu-Ausstattung der Chemielabore ist in drei Bauabschnitte unterteilt worden. Das Labor und der Hörsaal des ersten Bauabschnitts sind neu eingerichtet und können für den Unterricht genutzt werden. Der zweite Bauabschnitt soll demnächst fertiggestellt sein und die Einrichtung des weiteren Chemielabors im 3. OG und des EMSR-Labors können folgen. Der dritte Bauabschnitt ist für Herbst 2018 vorgesehen.

Für die Ausstattung des EMSR-Labors konnten qualitativ hochwertige Produkte im Bereich Regelungstechnik, Photovoltaik und Windkraft bestellt werden. Die Lieferung ist für Mitte Juli 2018 eingeplant.

Im Hinblick auf die Verlegung der beiden Salons für die Friseure (Herbst 2018) läuft derzeit die Ausschreibung für die Ausstattung (Trockenhauben, Infrarothauben, Waschbedienplätze und Schülerarbeitsstische).

Die vorbereitenden Planungen für die Verlagerung des Fachbereiches Fahrzeugtechnik nach Rheinfelden sind gut angelaufen. Der Bauantrag ist fertig und die Werkplanung wird derzeit bearbeitet. Die ersten Gespräche mit den Fachlehrern und den Fachplanern für die Haustechnik und Elektro unter der Leitung des Fachbereichs Planung und Bau laufen. Für die Ausschreibung der Hebebühnen wurde ein Fachplaner hinzugezogen.

Um den geplanten Teilabriss des Nebengebäudes, in welchem derzeit die Werkstatt für SHK untergebracht ist, voranzubringen, wurde beim Ministerium für Kultus Jugend und Sport BW die Aufgabe dieses Gebäudesteiles für die schulische Nutzung beantragt. Mit der Entscheidung vom 05.03.2018 des Ministeriums ist die Absprache der schulischen Nutzung erteilt. Dies ist Grundlage für den Antrag auf Schulbauförderung für den Neubau.

Gewerbeschule Lörrach:

Die Umsetzung des Konzeptes für den FB Metalltechnik ist im Gang. Auf die EU-weite Ausschreibung konnten die entsprechenden Aufträge vergeben werden. Die Lieferungen erfolgen nach und nach. Die Bohrmaschinen und Fräsmaschinen konnten bereits in Betrieb genommen werden. Die Lieferung der Drehmaschinen wird sich voraussichtlich erheblich verzögern.

Die Maschinen, die 2019 angeschafft werden sollen, werden im Sommer/Herbst 2018 ausgeschrieben.

Umsetzung der strategischen Ziele im Bereich der SBBZ:

Für die Außenstelle der Sprachheilschule in Weil am Rhein wird nach der Kündigung der bisher genutzten Räume nach Lösungen gesucht. Aktuell wird der Prüfauftrag des Verwaltungsausschusses bearbeitet. In gleicher Sitzung wird hierüber gesondert berichtet.

Der Landkreis übernimmt ab dem neuen Schuljahr 2018/19 die Berufsvorbereitende Einrichtung in alleiniger Trägerschaft. In gleicher Sitzung wird hierüber gesondert berichtet.

Umsetzung der strategischen Ziele bei der Bildungsregion 2018

Die strategischen Leistungsziele der **Bildungsregion Lörrach** sind im Blick und können größtenteils umgesetzt werden.

Aktuell nehmen ca. 40% der Kindertageseinrichtungen im Landkreis Lörrach an Maßnahmen und Projekten der Bildungsregion, wie z.B. Lesekoffer, Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und „Förderprogramm zur Qualitätssteigerungen in Kindertageseinrichtungen“ teil.

Zudem erstellt die Bildungsregion aktuell einen Bildungsbericht für den Landkreis Lörrach. Zu Beginn des Jahres wurde das Schwerpunktthema des Berichtes festgelegt. Der Bildungsbericht des Landkreises wird 2018 den Themenschwerpunkt „frühkindliche Bildung“ haben.

Seit März 2017 sind zwei Bildungskordinatorinnen an die Stabstelle Bildungsregion angegliedert. Im Rahmen dieses zweijährigen Projektes, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, soll eine Gesamtstrategie für eine landkreisweite Integrationsarbeit entwickelt werden. Dabei wird vor allem der Bereich Übergang Schule-Beruf ins Zentrum gerückt. Insbesondere die Zielgruppe der neuzugewanderten jungen Erwachsenen, deren Schulpflicht bereits erfüllt ist, soll dabei Beachtung finden. Das Projekt endet offiziell am 28. Februar 2019. Im August kann eine Projektverlängerung beim Projektträger DLR beantragt werden. Aktuell erstellen die Bildungskordinatorinnen einen Abschlussbericht mit den Ergebnissen ihrer Arbeit.

B. Finanzseite

Ergebnishaushalt:

Durch die beschlossene Gebührenerkung für die Fachschule Technik Fachrichtung Maschinentechnik von bislang 490 EUR auf 325 EUR je Semester ist bei gleichbleibender Schülerzahl im Jahr 2018 mit einem Minderertrag von 8.580 EUR zu rechnen.

Investitionen:

Für die kreiseigenen Schulen wurden Finanzmittel von 2.801.500 EUR für bewegliches Anlagevermögen in den Haushalt 2018 eingestellt, davon 2.184.400 EUR für Investitionen im Rahmen der Schulentwicklung Beruflicher Schulen. Daneben wurden Investitionsmittel in Höhe von 2.834.700 EUR (2.523.700 EUR für Schulentwicklung) aus dem Haushaltsjahr 2017 übertragen. Es stehen somit insgesamt 5.636.200 EUR für die Schulen zur Verfügung.

In 2018 wurden bislang 1.045.000 EUR abgerufen. Davon alleine rd. 663.000 EUR für den Fachbereich Metalltechnik bei der GWS Lörrach. Weitere Investitionsmittel für Anschaffungen bei den beruflichen Schulen sind durch Vergaben in Höhe von ca. 2,68 Mio EUR gebunden.

An der HKS Maulburg wurden für den neuen behindertengerechten Schulbus sowie für diverse Ausstattungsgegenstände des im letzten Jahr sanierten Bewegungsraums rd. 89.000 EUR ausgegeben.

Im Bereich der BVE entstehen für die nicht veranschlagten Investitionskosten für die Schulküche und für den Server überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 17.500 EUR.

Marion Dammann
Landrätin

Alexander Willi
Dezernent I
